

Hochwasserschutz Thema im Beirat

Behörde soll Fortschritte aufzeigen

VON ANTJE STÜRMANN

Borgfeld. Das Thema Hochwasser treibt die Mitglieder im Borgfelder Beirat weiter um. Auf dessen nächster Sitzung am Dienstag, 22. Oktober, sollen Behördenvertreter berichten, was die Stadt Bremen bereits unternommen hat, damit es in diesem Winter und in Zukunft möglichst nicht wieder zu Überflutungen von Wohngebieten kommt. Dazu hat der Beirat Wilhelm Koldehofe und Felix Oldfield vom Bremer Umweltressort eingeladen sowie die Mitglieder des Beirates in Oberneuland mit Ortsamtsleiter Matthias Kook.

Oberneuland habe ähnliche Fragen an die Behörde wie Borgfeld, begründet der Sprecher des Borgfelder Beirates, Jörn Broeksmid (CDU). „Wir wollen wissen, wie es perspektivisch weitergehen kann.“ Die CDU in Borgfeld macht immer wieder Druck, um den Schutz vor Hochwasser noch vor der nächsten größeren Flut deutlich zu verbessern – und sie kritisiert die Behörden, die nach ihrer Ansicht nicht schnell genug vorankommen. „Aus Lilienthal wissen wir, dass es noch keine hydraulischen Berechnungen gibt“, sagt Broeksmid, „es sind noch nicht einmal die Ingenieure dafür eingestellt“. Nach Behördenangaben sind die hydraulischen Berechnungen Grundlage für gezielte, landesübergreifend koordinierte und größere bauliche Maßnahmen, wie zum Beispiel Deicherhöhungen.

Beirat: Mittel fair verteilen

Darüber hinaus wollen die Beiratsmitglieder auf ihrer Sitzung einen Nachfolger für Alexander Keil (SPD) bestimmen, der den Orts-Beirat Borgfeld im städtischen Controllingausschuss vertritt. In dem Ausschuss wird unter anderem die Verteilung der städtischen Mittel für die offene Kinder- und Jugendarbeit beschlossen. Weil die Kinder- und Jugendfarm in Borgfeld, die nach eigenen Angaben bislang keine städtischen Zuschüsse erhalten hat, finanziell unter Druck steht und neuerdings wie das Borgfelder Freizeithaus (Freizi) des DRK auf einen städtischen Zuschuss angewiesen ist, drängt der Beirat auf eine faire Verteilung des zur Verfügung stehenden Budgets und mehr Mitspracherecht bei der Vergabe. Bislang hatte das Freizi die gesamte, für Borgfeld reservierte Summe in Höhe von jährlich über 100.000 Euro erhalten.

Zurzeit bestimmen in dem Ausschuss zwei Vertreter Borgfelds mit. Jannis Fricke (CDU) bleibt dabei, Alexander Keil (SPD) hat sich bekanntlich aus privaten Gründen aus der Beiratsarbeit zurückgezogen und im September sein Mandat im Beirat abgegeben. Keil war mit Unterbrechung sechs Jahre Mitglied im Bremer Controllingausschuss. Für die Nachfolge habe die Borgfelder SPD gleich mehrere Kandidaten in petto, sagte Vorstand Bernd Stenner am Mittwoch. Namen will er jedoch noch nicht preisgeben. Es müsse noch geklärt werden, ob der künftige Vertreter oder die künftige Vertreterin im Controllingausschuss zwingend Mitglied im Beirat sein muss.

Die Beiratssitzung am 22. Oktober findet in der Schützenhalle (Hamfhofsweg 4) statt. Sie beginnt 19.30 Uhr. Bürgerinnen und Bürger sind eingeladen, Wünsche und Anregungen zu äußern.

WÜMME-ZEITUNG

Worpsweder Zeitung · Osterholzer Zeitung
Lilienthaler Kurier · Rotenburger Kurier
Verantwortlicher Redakteur: André Fesser
Zeitungshaus Lilienthal
Hauptstraße 87, 28865 Lilienthal
info@wuemme-zeitung.de
Öffnungszeiten: Montag – Freitag,
9.30 – 13.00 Uhr und 13.30 Uhr – 17 Uhr.
Kundenservice 042 98 / 27 04 65 10
Telefax 042 98 / 27 04 19 12
Aboservice (Sbd.) 04 21 / 36 71 66 77
Ticketsservice 042 98 / 27 04 65 10
abonnentenservice@wuemme-zeitung.de
kleinanzeigen@wuemme-zeitung.de

Redaktion Lokales
Sandra Bischoff (sbf) 042 98 / 27 04 32 12
André Fesser (fea) 042 98 / 27 04 36 15
Dennis Glock (glo) 042 98 / 27 04 31 74
Johannes Heeg (es) 042 98 / 27 04 91 15
Irene Niehaus (ene) 042 98 / 27 04 90 30
Lutz Rode (lr) 042 98 / 27 04 32 10
Petra Scheller (pes) 042 98 / 27 04 91 55
Antje Stürmann (akl) 042 98 / 27 04 36 75
Telefax 042 98 / 27 04 19 00
redaktion@wuemme-zeitung.de

Redaktion Lokalsport
Tobias Dohr (td) 047 91 / 30 35 92
Lennart Möller (lm) 047 91 / 30 34 51
Dennis Schott (dsc) 04 21 / 36 71 38 65
Telefax 042 98 / 27 04 19 01
sport@wuemme-zeitung.de

Anzeigen
Katrin Blanken 047 91 / 30 34 33
Karsten Bruns 042 98 / 27 04 41 05
Albert Michel 047 91 / 30 34 30
Melina Sachße 047 91 / 30 34 31
Anne Sanatgar 042 98 / 27 04 91 63
Frederik Staufenbiel 042 98 / 27 04 91 45
anzeigen@wuemme-zeitung.de

Hocker und Mattfeldt gegen AfD-Verbot

Warum die Bundestagsabgeordneten für den Wahlkreis Osterholz-Verden den Antrag nicht unterstützen wollen



In den vergangenen Monaten haben auch in Verden (Bild), Achim und im Landkreis Osterholz zahlreiche Menschen gegen Rechtsextremismus demonstriert.

FOTO: VASIL DINEV

VON FELIX GUTSCHMIDT
UND SANDRA BISCHOFF

Landkreise Osterholz/Verden. Die Alternative für Deutschland hat sich spätestens mit den Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg zu einer festen Größe in der deutschen Parteienszene entwickelt. Bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen 2021 waren die Erfolge der AfD noch vergleichsweise überschaubar. Sie stellt je ein Ratsmitglied in Schwanewede und in der Samtgemeinde Hambergen und hat auch zwei Mandatsträger in den Osterholzer Kreistag entsandt. In den Kommunalparlamenten in Lilienthal, Worswede, Grasberg, Ritterhude und Osterholz-Scharmbeck spielt die AfD keine Rolle. Im Landkreis Verden sitzen sowohl in Achim als auch in Oyten je zwei AfD-Mitglieder im Rat, im Verdener Kreistag sind es drei Vertreter. Zum angekündigten Antrag, die Partei zu verbieten, haben die heimischen Bundestagsabgeordneten Andreas Mattfeldt (CDU) und Gero Hocker (FDP) dennoch eine klare Meinung. Sie lehnen den Vorstoß des sächsischen CDU-Abgeordneten Marco Wanderwitz ab. „Ein AfD-Verbotsverfahren werde ich auf

der aktuell vorliegenden Grundlage nicht unterstützen“, sagt Mattfeldt auf Anfrage des WESER-KURIER. Die Sorge der Gesellschaft über die Entwicklung der AfD in ihren Wahlergebnissen, ihren Umfragewerten und ihren Inhalten verstehe er sehr gut. Auch in den Berichten des Verfassungsschutzes zeigten sich zunehmend Indizien dafür, dass die AfD beziehungsweise Strömungen dieser Partei mutmaßlich verfassungsfeindlich seien. „Dennoch bleibt für mich die politische und inhaltliche Auseinandersetzung mit der AfD entscheidend und möglich.“ Mit dem neuen Grundsatzprogramm der CDU würden die fundamentalen Unterschiede in unseren politischen Grundwerten deutlich. Das sei eine gute Basis für diese Auseinandersetzung. „Ein solcher Ansatz erscheint mir erfolgversprechender und nachhaltiger.“

Der Bundestagsabgeordnete aus Völkersen im Kreis Verden warnt, dass ein Parteiverbotsverfahren kontraproduktiv sein könnte, weil es die AfD „in eine Märtyrerrolle bringen“ würde. „An verschiedenen Stellen hat es diese Partei in der Vergangenheit verstanden, eine solche vermeintliche Opferrolle für sich zu beanspruchen und dies leider mit einigermaßen großem Erfolg genutzt“, sagt Mattfeldt. „Besonders besorgniserregend dürfte diese Märtyrerrolle werden, wenn ein Verbotverfahren scheitern sollte.“ Doch selbst bei einem Erfolg wäre nichts gewonnen. „Ein Verfahren, das zum Verbot führt, würde vermutlich die Gründung einer Alternative zur AfD erleichtern.“ Ähnlich ablehnend äußert sich auf Anfrage Gero Hocker. „Ein Verbotverfahren halte ich für den falschen Weg“, sagt der Bundestagsabgeordnete aus Achim. „Die AfD ist nicht in der Lage, bei Wirtschaft, Verkehr oder Migration auch nur irgendein einziges stimmiges Konzept vorzulegen, das kurz- oder langfristig gut wäre für unser Land.“ Politischen Gegnern wie der AfD müsse man mit offenem Visier und den besseren Argumenten begegnen, nicht mit Verboten. „Zu keinem Zeitpunkt würde ich deswegen eine

Diskussion mit AfD-Vertretern aus dem Wege gehen, weil ich davon überzeugt bin, bei diesen und anderen Themen die besseren Argumente zu besitzen.“ Die AfD verbieten zu wollen, würde genau diese Haltung, die unter Demokraten eigentlich selbstverständlich sein sollte, unterlaufen, sagt Hocker.

Lars Klingbeil, SPD-Parteichef und Bundestagsabgeordneter für den Heidekreis, sieht zunächst die Experten am Zug. „Die Bewertung ist keine politische, sondern erst mal eine juristische“, sagte er Ende September. „Das ist jetzt Aufgabe der Expertinnen und Experten des Verfassungsschutzes beispielsweise, die ja Material sichten, die es sammeln.“ Wenn diese Experten zu dem Schluss kämen, dass die AfD den Staat und das Zusammenleben in Deutschland gefährde, „dann müssen wir politisch aktiv werden“. Er sehe seine Aufgabe darin, den politischen Kampf gegen die AfD zu führen.

Ein Parteienverbot kann von Bundestag, Bundesrat oder Bundesregierung beim Bundesverfassungsgericht beantragt werden. Der AfD müsste in dem Verfahren nachgewiesen werden, dass sie aggressiv kämpferisch gegen die Verfassung vorgeht.



Lars Klingbeil
FOTO: KAPPELER/DPA



Andreas Mattfeldt
FOTO: BÜRO MATTFELDT



Gero Hocker
FOTO: BJÖRN HAKE

Warum Komet Tsuchinshan-Atlas besonders ist

Grasberger Hobby-Astronom Kai-Oliver Detken erklärt, wo der Himmelskörper gut zu sehen ist



Kai-Oliver Detken (Jahrgang 1968) ist ein deutscher Fachbuchautor, IT-Unternehmensberater, Hochschuldirektor und Unternehmer. Er wohnt in Grasberg, liebt die Astronomie und ist zweiter Vorsitzender der Astronomischen Vereinigung in Lilienthal (AVL).

Herr Detken, alle Welt spricht gerade vom Kometen Tsuchinshan-Atlas. Was macht ihn denn so besonders?

Kai-Oliver Detken: Das Besondere an ihm ist seine vorhergesagte Helligkeit. Ursprünglich sollte er so hell werden, dass man ihn sogar am Tag hätte sehen können. Klar sichtbare Kometen sind sehr selten, was ihn auch besonders macht.

Kann man ihn denn mit bloßem Auge sehen?

Ja, abends kann man ihn mit seinem Schweif deutlich am Himmel erkennen – solange es das Wetter zulässt. Das Sichtfenster ist noch knapp; das heißt, man sollte freie Sicht nach Westen haben und zwischen 19 und 20.30 Uhr versuchen, ihn zu erwischen. Aktuell kann man ihn mit bloßem Auge bereits nach der Dämmerung sehen. Mit dem Fernglas wird er umso eindrucksvoller. Möglichst freier Himmel ist immer die Grundvoraussetzung. Zwischen Wolkenlücken ist auch was möglich.

Von wo aus lässt sich der Komet am besten beobachten?

Man kann ihn in ganz Norddeutschland erkennen. Und zwar genau dort, wo die Sonne im Westen untergegangen ist.

Wer ihn in diesen Tagen verpasst: Wann erscheint der Komet das nächste Mal?

Er ist ein Objekt der Oortschen Kometenwolke und wird uns deshalb nicht wieder besuchen. Er wird jetzt immer höher steigen und langsam seine Helligkeit verlieren. Daher sollte man den Oktober nutzen. Aber es kommen immer neue Kometen zu uns, die eventuell wieder spannend werden könnten.

Wie sieht es eigentlich aus in so einem Kometen?

Das Innere von Kometen besteht aus Eis, Staub und lockerem Gestein. Ihn umhüllt eine diffuse Wolke aus Staub und Gas – die sogenannte Koma. Daher können sich auch zwei Schweife ausbilden, ein Staub- und ein Gasschweif. Aktuell sieht man bei C/2023 A3

den Staubschweif. Ein Gegenschweif ist auf manchen Aufnahmen auch sichtbar. Der Komet wurde übrigens am 22. Februar 2023 vom Asteroid Terrestrial-impact Last Alert System (ATLAS) am South African Astronomical Observatory (SAAO) in Südafrika entdeckt.

Das Interview führte Irene Niehaus.

Die Astronomische Vereinigung Lilienthal (AVL) bietet am bundesweiten Astronomietag, am Sonntag, 19. Oktober, ab 19.30 Uhr einen Vortrags- und Beobachtungabend an. Schauplatz ist das Gelände des Telescopiums an der Hauptstraße 1 in Lilienthal, wo die AVL-Mitglieder ihr Equipment aufbauen. In diesem Jahr steht der Astronomietag ganz im Zeichen des Kometen C/2023 A3 (Tsuchinshan-Atlas), der bei guten Wetterbedingungen am frühen Abend am Himmel beobachtet werden kann.



Der Komet Tsuchinshan-Atlas ist in diesen Tagen bei guten Wetterbedingungen am Himmel zu sehen.
FOTO: VOLKER BARTELS

Kopfsteinpflaster soll weg

Forderung der Grünen

Borgfeld. Das Kopfsteinpflaster auf der Straße Upper Borg kurz vor der Einmündung in die Straße Am Lehester Deich muss weg – das fordern die Borgfelder Grünen. Für die nächste Sitzung am Dienstag liegt dem Beirat ein entsprechender Antrag vor. Grünen-Sprecherin Juliane Filser ist überzeugt, eine ebene Straße ohne Aufpflasterung würde die Lärmbelastung für die Anwohner erheblich reduzieren. Diese hatten berichtet, dass besonders nach dem Passieren der Aufpflasterung, beim Beschleunigen der Fahrzeuge, laute Motorengeräusche entstehen. Ein weiteres Argument für die Beseitigung des Pflasters ist laut Filser die Verkehrssicherheit. Das Kopfsteinpflaster sei bei Regen rutschig und gefährde insbesondere Fahrradfahrer. Stimmt der Beirat der Entfernung zu, soll sich das Bremer Amt für Straßen und Verkehr (ASV) ans Werk machen. Reicht dessen Budget nicht aus, könnte Borgfeld Geld aus seinem Stadtteilbudget einsetzen. Dieses sei über die Jahre auf inzwischen über 100.000 Euro angewachsen. „Das angesparte Geld sollte zügig für die dringendsten Vorhaben vornehmlich im Verkehrsbereich verwendet werden“, fordert Filser in einem zweiten Antrag. Der Borgfelder Bauausschuss solle nun schnell konkrete Pläne entwickeln. Werde das Geld nicht abgerufen, drohe dem Stadtteilbudget möglicherweise das Aus, befürchtet Filser. Bisher hätten nur wenige Beiräte ihre Mittel ausgegeben. „Angesichts der chronisch klammen Finanzen Bremens ist dies nicht zu verantworten“, so Filser. AKL